ZECK

Nummer 18

September 1993

Das Info aus der Flora





Das Info aus der Flora

Nummer 18, September 1993

INHALT

FLORA SPENDENKONTO
Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg BLZ 200 100 20
Kontonummer: 29492-202

KONTAKT:
ZECK
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Im ZECK-Ordner befindet sich diesmal ein Papier aus Solingen über eine Aktion gegen die Ermordung von Wolgang Grams mit grundsätzlichem zur GSG9 und einer Einschätzung zur Situation nach den rassistischen Morden von Solingen.



Heraus am 11.9.

zum Stadtteilfest !!

Stadtteilfest im Schanzenviertel am Samstag , 11. September 1993 ab 12 Uhr.

Im letzten Jahr hat nach langer Zeit wieder ein Straßenfest im Schanzenviertel stattgefunden, das von vielen Gruppen gemeinsam vorbereitet und organisiert wurde. Das Fest war ein voller Erfolg!
Wir waren uns also einig, daß wir auch in diesem Jahr wieder ein Fest durchführen wollen. Anfangs hatten wir jedoch große Schwierigkeiten, weil sich zuwenig Menschen an der Vorbereitung beteiligen wollten. Nachdem wir dann eine *letzte Aufforderung* zur Beteiligung ausgesendet hatten, hat es doch noch geklappt.
Das Fest wird in diesem Jahr unter einem Motto stehen: **Für ein antirassistisches und antisexistisches Miteinander**
Die Gruppen und Menschen, die bei dem Fest mitmachen werden, sind dazu aufgerufen, sich möglichst mit ihrem Beitrag auf dieses Motto zu beziehen, auch wenn das nicht immer möglich ist: Wir finden es wichtig gerade im Stadtteil ein Zeichen in dieser Form gegen Sexismus und Rassismus zu setzten. Ob uns das gelingt?
Das Programm steht leider jetzt zu Redaktionsschluß noch nicht fest. Es wird wieder eine Bühne an der Flora geben, auf der Kultur- und Redebeiträge von möglichst vielen verschiedenen Menschen stattfinden sollen. In der Bartelsstraße wird es einige Angebote für Kinder geben. Auch ein nicht-gewerblicher Flohmarkt ist vorgesehen; Initiativen und Gruppen können sich, ihre Arbeit und ihre Ideen zu dem Motto vorstellen.

Es soll auch für diejenigen, die sich noch spontan zu einer Teilnahme am Fest durch Musik, Reden, Theater, etc. entscheiden, Raum und Zeit geben. Meldet euch dann einfach während des Festes am Infostand (Susannenstraße,. Ecke Schulterblatt) oder möglichst schon vorher in der Roten Flora (Dienstags, um 20 Uhr, Tel. 4395413)
Wir hoffen, daß das Wetter mitspielt und daß wieder viele Leute kommen!
Haste mal ne Mark fürs Stadtteilfest? Spendenkonto: P. Bauer, Postbank Kto. 424450-209, BLZ 200 100 20, Stichwort: Stadtteilfest.

Die ZECK ist auch als Förderabo zu haben:
Für mindestens DM 20,- vierteljährlich

auf´s Konto:
Rote Flora e.V.
Stichwort: ZECK
Kto.-Nr.: 29492-202
Postgiroamt Hamburg
BLZ 200 100 20
(Achtung! neues Konto!)

vergeßt Eure Adresse nicht!

Der Flora-Frauenchor tritt auch auf !
Nicht verpassen!





Nummer 18, September 1993

Nachbarschaftstreffen Schanzenviertel zum Faschisten Fiebig

Seit der Kundgebung gegen den in der rechtsextremen NO aktiven Faschisten Henry Fiebig im Juni diesen Jahres, finden mehr oder weniger regelmäßige Treffen von AnwohnerInnen des Schanzenviertels statt. Fiebig wohnt in den Sozialbauten direkt hinter der Roten Flora und wurde im Juni durch eine Kundgebung vor den Häusern als brutaler und ziemlich gefährlicher Faschist geoutet. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fanden die Bullen fertige Brandsätze und Material für Sprengsätze. Er selber schoß während der Kundgebung vom Balkon aus mit Signalmunition in die Menge vor dem Haus. Die BewohnerInnen der Häuser verfaßten sogleich eine Unterschriftenliste, mit der die Wohnungseigentümerin GWG aufgefordert wurde, Fiebig fristlos zu kündigen. Die GWG sprach zwar eine Kündigung aus, Fiebig legte jedoch Widerspruch ein und wohnt derzeit immer noch mehr oder minder ungestört in seiner Wohnung. Nicht nur die MitbewohnerInnen der Häuser empfinden die Situation als unerträglich, mit einem Faschisten in so enger Nachbarschaft zu wohnen, sondern auch reichlich andere Menschen aus dem Viertel. Die Nachbarschaftstreffen sind der Ort, wo sich die Betroffenen austauschen über Situation, Ängste, Wut und Ideen. Es geht darum, zu schauen, wie wir aktiv werden können - erstmal konkret gegen diesen Faschisten in unserer Nachbarschaft - dann aber auch gegen die sich steigernden rechtsextremen Tendenzen hier überhaupt. Die Forderung der NachbarInnen lautet erst mal ganz grob: Der Faschist Henry Fiebig darf hier nicht mehr unbehelligt wohnen bleiben. Sie wollen zeigen, daß es Protest und Widerstand gegen diesen und alle anderen Faschisten gibt! Weder tolerieren noch akzeptieren Sie faschistische Ideologie und rassistische An- und Übergriffe und Morde!

Die Treffen sind dazu da, mit anderen eine Stärke zu entwickeln, um aufzuhören stillschweigend die Rechtsentwicklung in der BRD hinzunehmen.

Nachdem bekannt wurde, daß Fiebig gegen die Kündigung Widerspruch eingelegt hat, schalteten die NachbarInnen Anwälte ein und versuchen nun mit diesen an das Aktenzeichen dieses Kündigungsverfahrens zu kommen. Die GWG rückt aber bisher damit nicht raus. Das heißt, daß die BewohnerInnen der Häuser momentan keinerlei Möglichkeit haben das Verfahren zu verfolgen, geschweige denn zu intervenieren. Und das ist eine unglaubliche Schweinerei, denn die Menschen, die sich darum bemühen, sind zum Großteil die am direkt Betroffensten.

Weiterhin ist es das Anliegen vieler TeilnehmerInnen der Treffen, es weiterhin - und mehr als bisher - bekannt zu machen und zu verbreiten, daß es die Möglichkeit in einer Situation wie dieser, gibt, sich zusammen zu tun und sich zu wehren. Um diese Idee zu realisieren, wurde auf dem letzten Treffen das für den 11.9. geplante Stadtteilfest als geeigneter Ort gesehen. Das Fest soll dieses Jahr unter dem Motto: "Für ein antirassistisches und antisexistisches Miteinander" stehen. An diesem Tag wollen NachbarInnen über alles bisher gelaufene und eventuell weitere Möglichkeiten informieren. Es soll ebenfalls eine Unterschriftenaktion begonnen werden, in der sich Menschen mit den Forderungen der NachbarInnen solidarisch erklären können und sie damit unterstützen. Außerdem ist für das Fest noch der Versuch einer Transparent- und Plakatieraktion geplant, zu deren Beteiligung hiermit aufgerufen werden soll. Für einfache Informationen über den Stand der Situation werden Flugblätter verteilt.

Im Übrigen soll dieser Text dazu ermuntern, zum einen, an diesen Nachbarschaftstreffen teilzunehmen (denn mehr sind immer stärker) und/oder die Aktivitäten der TeilnehmerInnen eventuell finanziell zu unterstützen (denn: nix ist umsonst - schon gar nicht Flugblätter).

Das nächste Treffen findet am FR., 3.9.93 um 16:30 Uhr in der Roten Flora statt.

Kontaktadresse: Nachbarschaftstreffen Schanzenviertel
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

SCHAUT NICHT WEG, GREIFT EIN!
KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!!

Die "Nationale Liste" als Drahtzieher im braunen Netz

Am 20.8 wurde neben den Republikanern und der DVU auch die Nationale Liste (NL) als eindeutig rechtsextreme/ faschistische Partei zu den Bürgerschaftswahlen am 19. September vom Wahlprüfungsausschuß zugelassen. Gleichzeitig gibt es im Hamburger Senat Überlegungen, diese Gruppierung als verfassungsfeindlich verbieten zu lassen, was jedoch eher als (wahl-)taktisches Manöver erscheint, mit dem sich die SPD ein antifaschistisches Deckmäntelchen verpassen will.
Weiter hat die NL an den vergangenen Wochenenden versucht, Faschisten-Aufmärsche in Hamburg zu organisieren, die jedoch immer verboten wurden, wohl hauptsächlich deswegen, weil die Behörden und die Bullen aufgrund des antifaschistischen Gegendrucks Auseinandersetzungen befürchteten.
Anlaß genug, mal genauer zu gucken, wer und was die NL ist und welche Rolle sie im bundesweiten faschistischen Netzwerk einnimmt.

Die *NL* wurde am 13.8.89 nach dem Verbot der von Michael Kühnen gegründeten *Nationalen Sammlung* in Hamburg als regionale Gruppe gegründet. Sie hat ihren Sitz in Hamburg-Lohbrügge. Führende Mitglieder sind u.a. Ursula und Christian Worch, Thomas "Steiner" Wulff und Thomas Sauer.
Die *NL* begreift sich als Organisation ausgewählter Führungspersonen und stellt somit eine faschistische Kaderorganisation dar.

WELTBILD UND ZIELE DER *NL*

Eines der Hauptziele der *NL* ist die Legalisierung und Wiederzulassung der NSDAP in Deutschland mit dem Ziel, ein nationalsozialistisches "4.Reich" zu errichten. Demzufolge gibt es einige Parallelen im Weltbild der NSDAP und der *NL*.
Grundlage des Weltbildes der *NL* ist die Annahme, daß es "höher- und minderwertige Rassen" gibt und diese sich nicht vermischen dürfen, da sonst die "Werte" einer "Rasse" (in der Regel der "arischen/germanischen") verloren gehen. Als "höchste Rasse" wird die eigene gesehen. Ihre gesellschaftlichen Vorstellungen umschreibt die *NL* mit dem Begriff "Volksgemeinschaft", in der der Starke gewinnt und der Schwache untergeht, die Frauen sich den Männern unterzuordnen haben und die ArbeiterInnen bedingungslos den Unternehmern Folge leisten. Gemäß ihren rassistisch-faschistischen Vorstellungen streben die Faschisten der *NL* einen Staat mit Errichtung von Vernichtungslagern für politische GegnerInnen und "Lebensunwerte" an.
Die *NL* präsentiert populistisch einfache Lösungen wie:" Ausländer raus und die Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit ist beseitigt" und versucht so, Flüchtlinge und MigrantInnen als die VerursacherInnen der Probleme darzustellen.

DIE ARBEITSWEISE DER *NL*

Die konkrete Arbeit in der *NL* besteht aus militärischer Ausbildung, Schulung, propagandistischen Aktionen, sowie dem Aufbau faschistischer Strukturen in der BRD mit Schwerpunkt bei den neuen Bundesländern.
Ein wichtiger Bereich der Arbeit ist die paramilitärische Ausbildung, der sogenannte "Wehrsport". Es gibt einen überregionalen "Ordnerdienst", der von *NL*-Funktionären geleitet wird. Dieser "Ordnerdienst" ist nicht nur zum geregelten Ablauf faschistischer Veranstaltungen und Aufmärsche gedacht, sondern soll auch eine Kampftruppe bilden, die im Stil der SA Versammlungen politischer GegnerInnen angreifen soll.
Die *NL* veranstaltet strafforganisierte Schulungen in Form von "Kameradschaftsabenden", wo die Mitglieder zu Führungspersönlichkeiten ausgebildet werden, die das faschistische Gedankengut weiter verbreiten.
Seit ungefähr einem Jahr initiiert die *NL* in Hamburg die sog. *"Anti-Antifa"*, in deren Rahmen Listen von linken Projekten und Hamburger AntifaschistInnen, unter anderem auch in dem *NL*-Hetzblatt *"Index"*, veröffentlicht werden.

DIE *NL* IM FASCHISTISCHEN NETZWERK DER BRD

Obwohl die *NL* nur als Landesverband Hamburg angemeldet ist und auch immer wieder nach außen hin ihre Unabhängigkeit zu anderen, bundesweit operierenden faschistischen Organisationen beteuert, spielt sie im bundesweiten Netz der Faschisten eine bedeutende Rolle.
Seit Anfang der 70er Jahre gibt es ein verstärktes Bestreben von Alt- und Neo-Nazis für eine Wiederzulassung der NSDAP. Zu diesem Zweck wurde in der Zeit zwischen 1970 und 1975 die in der BRD illegale *NSDAP/AO (Aufbau- und Auslandsorganisation)* mit Sitz in den USA von Faschisten verschiedener Länder, vor allem aber deutschen, aufgebaut. Die *NSDAP/AO* hat Kontakte zu allen faschistischen Organisationen in der BRD, beziehungsweise ist es so, daß die deutschen Mitglieder ihre politische Arbeit in anderen Organisationen leisten, unter anderem auch in der *NL*. Die *NSDAP/AO* rekrutiert vor allem in Europa Mitglieder und schickt aus den USA tonnenweise faschistisches Propagandamaterial nach Europa.
In den 70er und 80er Jahren wurde in der BRD mehrfach versucht, einen legalen Arm der *NSDAP/AO* mit Parteistatus zu etablieren. So gründete Michael Kühnen 1977 die *Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)*, die Ende 1982 in *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* umbenannt wurde. Nach deren Verbot 1983 gingen die *ANS/NA*-Kader in die seit 1979 bestehende *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)*, die in der Folgezeit mehrfach



bei Landtags- und Bundestagswahlen kandidierte. 1986 spaltete sich die *FAP* an der sog. "Schwulenfrage", da Kühnen die Position vertrat, daß Homosexualität unter Neo-Nazis nicht abwegig sei. Kühnen gründete daraufhin 1988 die *Nationale Sammlung (NS)*, die einige Monate später wieder verboten wurde. Als Antwort auf die Streitigkeiten in der *FAP* und auf das Verbot der *NS* gründete u.a. der langjährige Kühnen-Freund und -Vertraute Christian Worch 1989 in Hamburg die *Nationale Liste*. In der Folgezeit entstanden, vor allem in der Ex-DDR, auf die die BRD-Faschisten z.T. ihre Aktivitäten verlagerten, u.a. mit Hilfe der *NL* Gruppen wie die *Nationale Alternative (NA)*, die *Nationale Offensive (NO)*, die *Deutsche Alternative (DA)*, und die *Sächsische Nationale Liste (SNL)*, die z.T. inzwischen verboten sind.

Eine der Hauptaktivitäten der deutschen Faschisten ist seit 1989 der jährlich im August stattfindende "Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" (in Wunsiedel oder anderswo), an dessen Organisation Christian Worch und andere *NL*-Funtionäre maßgeblich beteiligt sind. Hier sammeln sich die Nazis und alle Querelen scheinen vergessen, was z.B. daran deutlich wird, daß auch die *FAP* stark präsent ist (wie dieses Jahr im August beim Aufmarsch in Fulda zu sehen war). Die Faschisten rücken jetzt auch offen zusammen und praktizieren somit nach außen ersichtlich das, was seit Jahren nur auf Treffen hinter den Kulissen passierte.
Ein Beispiel dafür ist auch die "Revisionismus-Kampagne", in deren Zug in der BRD größere Veranstaltungen organisiert werden, auf denen Geschichtsfälscher aus dem In- und Ausland (z.B der britische Faschist, Revisionist und Pseudo-Historiker David Irving) referieren und z.B. die systematische Massenvernichtung der Jüdinnen und Juden im NS-Faschismus leugnen. Auf diesen von *NL*-Funktionären mitorganisierten Kongressen wurden auch schon *DVU*-Mitglieder gesichtet, so daß offensichtlich wurde, daß auch zwischen der *DVU* und den militant-faschistischen Gruppierungen Kontakte bestehen, auch wenn die *DVU* dies immer wieder abstreitet.

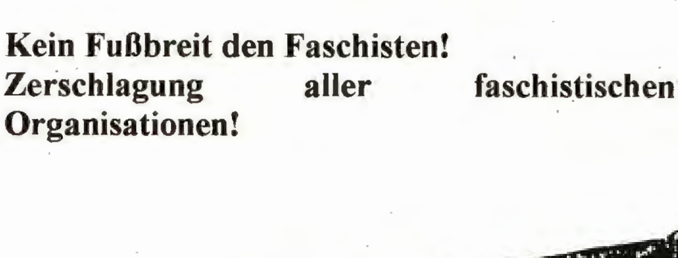
Die Aktivitäten der deutschen Faschisten werden größtenteils in der *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)* koordiniert, eine Art Dachorganisation der Faschisten. Die *GdNF* ist eine straff geführte nationalsozialistische Kaderorganisation mit ausgewählten Führungspersönlichkeiten und wurde 1988 von Michael Kühnen initiiert. Es bestehen rege Kontakte zur *NSDAP/AO*, bzw. sind die Mitglieder identisch, so daß die *GdNF* eine Art legaler Arm der *NSDAP/AO* in der BRD ist.
Hauptaktivitäten der *GdNF* waren und sind der Aufbau und die Koordinierung von faschistischen Organisationen, die Organisierung von Fascho-Aufmärschen, die Verbreitung des Geschichts-Revisionismus und paramilitärisches Training mit dem Ziel der Bildung einer SA.
Fast alle offen faschistisch auftretenden Organisationen in der BRD haben Kontakt mit den Kadern der *GdNF* oder arbeiten mit ihr zusammen. Nach dem Tod des "Führers" Michael Kühnen im April 91 übernahm eine Führungsgruppe die Leitung der *GdNF*, deren intellektueller Kopf der *NLer* Christian Worch war und ist. Inzwischen ist Christian Worch die zentrale Figur in der *GdNF* und hat die "Organisationsleitung" übernommen, wie überhaupt seine Rolle im faschistischen Netzwerk der BRD nach dem Tod Kühnens bedeutend wurde und ist.



Demo gegen die NL am 21.8.93

Hier zeigt sich, daß die *Nationale Liste* keine beliebige Neo-Nazi-Splittergruppe ist, sondern für die bundesweiten Fascho-Strukturen wichtig geworden ist, auch wenn sie in Hamburg direkt bei Aufmärschen nie mehr als 50-100 Leute auf die Straße kriegt.

Ziel der AntifaschistInnen in Hamburg muß sein, jegliche, jetzt im Wahlkampf verstärkt zu befürchtende Meinungsäußerung der *NL* zu verhindern, aber auch darüber hinaus die *NL* und ihre AktvistInnen als DrahtzieherInnen faschistischer Organisation in der BRD anzugreifen.



Kein Fußbreit den Faschisten!
Zerschlagung aller faschistischen Organisationen!



Nehmt die Pinsel in die Hand!!

An den meisten Litfaßsäulen in ganz Hamburg haben die rechtsextremen Parteien DVU und Republikaner Plakate für ihren Wahlkampf anbringen lassen. Das momentan stattfindende Wahlkampftheater für die anstehenden Bürgerschaftsneuwahlen offenbart den Stand der Rechtsentwicklung der BRD. DVU, Reps und NL wurden vom Hamburger Wahlausschuß am 20.8.93 als Parteien zur Wahl zugelassen, also für "demokratisch und ordnungsgemäß" erklärt. Hier wird allerdings nach rein technokratischen Kriterien entschieden, wie z.B. eine genügende Anzahl von Unterstützungsunterschriften. Proteste dagegen werden und wurden an diesem Tag resolut und brutal von Bullen niedergemacht.
Das OVG Hamburg hat Ende August beschlossen, der DVU drei, anstatt der vorher zwei zugestandenen, Wahlspots in den Medien zu bewilligen. Die Begründung hierfür war, daß die Partei höchstwahrscheinlich über die 5%-Hürde kommen wird und ihr deshalb dieselben Wahlkampfmöglichkeiten gestattet werden müssen wie den restlichen ("großen") Parteien. Daß die DVU mehr als diskriminierende, hetzende Propaganda verbreitet und somit noch mehr Raum dafür hat, wurde anscheinend überhaupt erst nicht thematisiert oder wenn doch - was fast noch schlimmer wäre - als irrelevant für die Entscheidung erachtet.
Lautstarke Empörung, selbst aus bürgerlichen Reihen, gegen diese Entscheidung und die Aufforderung der Baubehörde die haufenweisen illegalen DVU-Plakate an Laternenmasten anzuzeigen, reichen nicht aus, um den rechtsextremen Propaganda- und Hetzkampagnen ausreichend etwas entgegenzusetzen.
Wir rufen daher alle kreativen und farbbegeisterten Menschen dazu auf, auf eigene Faust Werbeplakate rechtsextremer Parteien den Raum zu nehmen. Der Phantasie sind da ja bekanntermaßen keine Grenzen gesetzt.
Hier noch ein paar Hinweise für Eure nächtlichen Spaziergänge:
An der Amsinckstraße, direkt neben der Flüchtlingsunterkunft sind drei große Stellwände mit DVU-Scheiße verschandet. Hier wurde und wird zwar desöfteren mit "Verschönerungsaktionen" (soweit sich dieser Dreck verschönern also verschwinden lassen läßt) vorgegangen, doch prangen meist am nächsten Tag wieder neue DVU Plakate dort.
Und auch für diejenigen,die sich nicht unbedingt die Mühe machen wollen, das sichere Pflaster des Viertels zu verlassen , gibt es auch hier genug Angriffsfläche. Auf sämtlichen Litfaßsäulen im Karo- und Schanzen1/4 hängen - immer ganz oben - die Plakate von Reps und DVU
Also auf zum fröhlichen Malen...!!!



Nummer 18, September 1993

Antifa-Demo am Wahlabend

AUFRUF ZU EINER ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION AM WAHLABEND!

KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!

Bei den Bürgerschaftswahlen wurden, trotz Protesten, faschistische Parteien zur Wahl zugelassen.
Sie versuchen mit großem finanziellen Aufwand ins Rathaus einzuziehen.
Den Wahlkampf konnten sie zur Vorbereitung ihrer Hetzparolen nutzen und auch das Parlament zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie und zur Legitimation von faschistischer und rassistischer Gewalt gebrauchen.
Per Postsendung, über Radio und Fernsehen und auf Plakaten hetzen Reps, DVU, NL und andere in den letzten Wochen hauptsächlich gegen EinwanderInnen und Flüchtlinge.
Die etablierte Politik hat mit den Sondergesetzen gegen die Bevölkerung ohne deutschen Paß, dem rassistischen Gerede von der "Asylantenschwemme", der Asylrechtsabschaffung, der gegen alle sozial schwachen gerichteten Politik und der Aufrüstung des Staatsapparates die Parteibildung der Faschisten begünstigt. Verstärkt wird ein Weltbild etabliert, nachdem Menschen nach ihrer Nützlichkeit für die kapitalistische Produktion beurteilt werden. Wer nach dieser Logik nichts "nützt" ist nichts "wert" und darf keine Ansprüche stellen oder wird abgeschoben.
Die Ideologie vom Recht des Stärkeren, der Begeisterung fürs Militärische und dem deutschen Herrentum in Verbindung mit Frauenverachtung soll Normalität werden.
Die Medien waren maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt: Sie räumten in ihrer Berichterstattung den Faschisten Platz ein und übernahmen mit Begriffen wie "Asylantenflut" oder "Asylbetrug" teilweise deren Terminologie.

Auf dem Boden dieses gesellschaftlichen Klimas eskaliert rassistische und faschistische Gewalt. Angriffe auf EinwanderInnen und Flüchtlinge, auf Obdachlose und Behinderte sowie Andersdenkende und Minderheiten nahmen rasant zu.
Die Faschisten bieten keine Lösung sozialer Probleme an, sondern versuchen dafür die sozial Schwächsten, Rechtlosen und Minderheiten verantwortlich zu machen.
Dagegen setzen wir unseren Widerstand!
- Faschistische Propaganda raus aus den Medien und Parlamenten!
- Verbot und Zerschlagung aller faschistischen Organisationen!
- Ächtung und Überwindung aller faschistischen Ideologien!
- Gleiche Rechte für alle! Weg mit den Ausländergesetzen!
- Offene Grenzen, Bleiberecht für Alle! Grundsicherung für Alle!

Die Demo am Wahlabend, zu der wir hiermit aufrufen, soll allen zeigen, es gibt den antifaschistischen Widerstand!
Kein Grund zur Resignation! Nur mutig gestritten!
DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN SONDERN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN!

Nächstes Treffen: Do. 2.9. im PDS-Büro Palmaille 24, 19.00 Uhr

Demo am Sonntag, dem 19.9. um 18.00 Uhr Hansaplatz
Kundgebung um 19.00 Uhr Rathausmarkt



Zum Nazi-Aufmarsch in Fulda

Faschos marschieren ungehindert unter den Augen der Bullen in Fulda.

Am 14.8. fand der alljährliche Faschoaufmarsch zum Gedenken von Rodolf Hess nach stundenlanger Irrfahrt in Fulda statt.
Die Kundgebung war in etlichen Städten nach Anmeldeversuchen der Faschos verboten worden (so auch in Hamburg, wo die NL versuchte eine "Wahlkundgebung" für diesen Tag anzumelden).
Obwohl der Faschokonvoi ständig von Bullen begleitet wurde, war die Stadt Fulda "angeblich von der Ankunft der Nazis überrascht worden und nicht in der Lage", den Aufmarsch zu verhindern. Nur ein gringes Bullenaufgebot begleitete den Zug. Die antifaschistische GegendemonstrantInnen wurden von den Bullen an der Autobahnabfahrt Fulda abgefangen und an der Weiterfahrt gehindert. Zur Verhinderung antifaschistischer Gegenaktionen reichte anscheinend das Polizeiaufgebot gerade noch, der politische Wille, den Aufmarsch der Faschisten in Fulda zu verhindern fehlte jedoch: Angebotene und bereitstehende BGS-Einheiten wurden nicht angefordert.
Nach den bundesweiten Versammlungsverboten und dem Einsatz von etwa 10000 Bullen in der gesamten BRD ein peinliches Schauspiel für das saubere Deutschland

AntifaschistInnen werden aktiv
Hau weg den Scheiß!

Antifas in Nordhessen festgenommen

Festnahmewelle gegen Autonome in Nordhessen
Mindestens neun Antifaschistinnen und Antifaschisten in U-Haft

Erst auf Anfrage der Presse wurde öffentlich, daß zwischen Montag, 16. August 1993, und Donnerstag, 19. August '93, mindestens neun Menschen aus dem Raum Arolsen (50 Km westlich von Kassel) in Untersuchungshaft genommen worden sind, die bis heute sitzen. Gegen weitere Personen wurde Haftbefehl erlassen. Die Marburger Staatsanwaltschaft wirft den Festgenommenen "Mittäterschaft am versuchten gemeinschaftlichen Totschlag und schweren Landfriedensbruch" vor.
Vorwand für die Festnahmewelle ist eine Auseinandersetzung zwischen Neonazis und autonomen AntifaschistInnen am 14. August 1993 in Rennertehausen/Raum Allendorf/Eder. Die Neonazis waren auf dem Weg zum diesjährigen Aufmarsch organisierter rechtsextremistischer Gruppen zum Gedenken an den Hitler Stellvertreter Rudolf Hess. Im Zuge dieser Aktion wurde der 22jährige Thomas Kubiack, der führende Funktionär der "Sauerländer Aktionsfront", lebensgefährlich verletzt (Kubiack befindet sich inzwischen außer Lebensgefahr.).

Die "Sauerländer Aktionsfront" ist eine Vorfeldorganisation der "GdNF" (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) des bundesweit bekannten Neonazi Christian Worch aus Hamburg. Erklärtes Ziel der "GdNF" ist der Wiederaufbau der NSDAP.
Der "Sauerländer Aktionsfront" sind ca sechzig rechtsextreme Skinheads zuzurechnen. Den Kreisen um Thomas Kubiack werden außerdem gute Kontakte zur örtlichen Polizei nachgesagt.
Die Festnahmewelle war in Polizeikreisen anscheinend schon länger in Vorbereitung. Mit der antifaschistischen Aktion am 14. August war der passende Vorwand zum Zuschlagen gefunden.
Der erste Verhaftete, ein 21jährigen Mann aus Arolsen, den die Polizei Tage später als Täter präsentierte, wurde als "polizeibekannt" und "Arbeitsloser" bezeichnet, der bereits bundesweit als "politisch Reisender" aufgefallen sei. Im Zuge der Fahndung fiel auch ein gänzlich Unbeteiligter der Polizeiaktion zum Opfer. Ein belgischer Soldat, den die Polizei für einen Verdächtigen hielt, wurde bei seiner Festnahme verletzt.
Die von den Verhaftungen und Verfahren Betroffenen sind ausschließlich Leute im Alter zwischen 18 und 21 Jahren.
Die zuständigen Strafverfolgungsbehörden schlagen, wo es gegen Mitglieder aus dem "linken Lager" geht, eine harte Gangart ein. Den Strafverfolgungsinstanzen geht es offenbar darum, an diesem Fall ein Exempel zu statuieren. Der Leiter der Marburger Staatsanwaltschaft, Dr. Hans Jürgen Karge, will die Inhaftierten "ganz schnell anklagen", um nach eigenen Angaben ein "Zeichen gegen die Selbstjustiz" zu setzen. Desweiteren hat das Nationale Infotelefon der Faschos eine Belohnung für die Ergreifung der "TäterInnen" ausgesetzt und die Anti-Antifa aufgefordert, "die Sache in die Hand zu nehmen!

(Infos von: Rote Hilfe Göttingen, 23.8.
Infoladen Bazille Kassel, 20.8.)



Das Info aus der Flora

Nummer 18, September 1993



Sofortige Freilassung von Jürgen!!

Antifaschist aus dem Rhein-Main-Gebiet immer noch in U-Haft!

In der letzten Ausgabe der ZECK (Nr.17) berichteten wir von der willkürlichen Festnahme zweier Antifaschisten während eines Antifa-Konzertes in Hungen-Inheiden (zwischen Frankfurt/M. und Gießen) am 16.7.93.
Die beiden Inhaftierten wurden inzwischen dem Haftrichter vorgeführt mit dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruches, schweren gemeinschaftlichen Raubes, gefährlicher Körperverletzung, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und Bildung bewaffneter Haufen. Beiden wurde der Kontakt zu ihren Anwälten verweigert. Durch gezielte Verschleppungstaktik (ein Anwalt wurde über mehrere Stunden durch die Gegend geschickt) wurde verhindert, daß die beiden Rechtsanwälte an der Vorführung beim Haftrichter teilnehmen konnten. Dieser erließ Haftbefehl mit der Begründung, es bestehe "Verdunklungsgefahr", da die beiden angeblich Mitglieder einer vom Haftrichter nicht näher beschriebenen "radikalen politischen Gruppe" sein sollen, die bei der Freilassung Druck auf die "Zeugen", sprich Neo-Nazis, ausüben könnte.
Nach 11 Tagen wurde der Haftbefehl gegen einen Antifaschisten aufgrund einer Haftbeschwerde aufgehoben und er aus der U-Haft entlassen.
Jürgen sitzt aber weiter in Haft!
Seine Haftbeschwerde wurde abgewiesen, obwohl der Haftgrund "Verdunklungsgefahr" ebenfalls wegfällt. Schnell wurde ein neuer Haftgrund aus dem Hut gezaubert, der nun auf "Fluchtgefahr aus dem zu erwartenden Strafmaß" und auf "fehlende persönliche Bindungen" lautet.

DIESES VORGEHEN IST EIN GLIED EINER KETTE LANGJÄHRIGER VERFOLGUNG UND KRIMINALISIERUNG ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDES! SOFORTIGE FREILASSUNG VON JÜRGEN, EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN ANTIFASCHISTINNEN!!

Volxsport-

Abschrift zur Dokumentation.

Brandanschlag auf Bundeswehr-LKWs

Wir haben heute, am 5. August 1993, einen zwar bescheidenen, aber hoffentlich zeichensetztenden Beitrag zur Abrüstung der Bundeswehr geleistet, indem wir das rollende Material ein wenig dezimiert, sprich einige Bundeswehr-LKWs auf dem Gelände der MAN-Vertretung Tiemann in Groß-Mackenstedt in Brand gesetzt haben. (...)

Anschlag auf DL-Vorsitzenden

In der Nacht vom 22.8. 1993 auf den 23.8.93 haben wir, die Autonome Zelle "Sadri Berisha", den Vorsitzenden der Deutschen Liga, Hans-Jürgen-Sabrautzky in Schenefeld (Möwenring 50) mit Farbbeuteln und Buttersäure angegriffen. Dieses ist ein weiterer Teil der Kampagne gegen die führenden Nazikader, die wir bereits beim letzten Anschlag gegen Ingo Stawitz (Ex-DVU/jetzt DL-Mitglied) angekündigt haben.
Der Antifaschistische Widerstand muß kontinuierlich angreifen und zurückschlagen.
Freiheit für die Gefangenen aus RAF und Widerstand und Antifa.
Autonome Zelle "Sadri Berisha"
Sadri Berisha wurde am 8.7.92 in Kemnat Ostfildern (bei Stuttgart) von 7 Naziskins in einem Bauarbeiterwohnheim erschlagen. Er war Kosovo-Albaner.

Hausdurchsuchungen im AJZ und im Infoladen Anschlag in Bielefeld.

Am Morgen des 3.8. durchsuchten 70 Bullen des SEK und des Staatsschutzes (PB II) das ArbeiterInnenjugendzentrum in Bielefeld. Die Durchsuchung dauerte über eine Stunde und erfolgte wegen des Verdachts der Verunglimpfung und Verächtlichmachung der BRD (Verstoß gegen § 90a). Auslöser war ein an der Fassade des AJZs angebrachtes Transparent mit der Aufschrift "Wolfgang Grams vom deutschen Staat ermordet". Laut Durchsuchungsbefehl suchten die Bullen nach Farben, Pinsel, Schablonen, etc., mit denen das Transparent hergestellt wurde. Außerdem suchten sie, um überall rumschnüffeln zu können, nach schriftlichen Unterlagen, die auf die HerstellerInnen des Transparents und BesucherInnen des Infoladens Aufschluß geben könnten.

Bei der Durchsuchung durften sich nur zwei VertreterInnen des AJZ im Gebäude aufhalten. Für sie war es unmöglich, das Treiben der Bullen genau zu beobachten. Gegen 11.00 Uhr verließen die Bullen das AJZ, sie haben anscheinend nichts mitgenommen und nichts beschlagnahmt. Gut zwei Wochen vor der Durchsuchungsaktion wies die Bielefelder Staatsanwaltschaft noch die Anzeige des Polizeipräsidenten, der einen Verstoß gegen § 90a sah, ab. Die Staatsanwaltschaft urteilte, daß der Text "eine noch zu vertretende Meinungsäußerung " darstellen würde. Die einsetzende Hetze in der örtlichen Presse und eine Weisung von der Generalstaatsanwaltschaft Hamm führten dann zur erneuten Aufnahme der Ermittlungen und zum Durchsuchungsbefehl. Das kriminalisierte Transparent wurde bereits eine Woche vor der Durchsuchung von einem "Aktionskreis der mündigen Bürger" geklaut und wie der "Zufall" es so will, am Morgen der Durchsuchung vor dem Polizeipräsidium gefunden.



Hausdurchsuchungen in HH und Berlin

Auch in Berlin und Hamburg sind die Bullen wegen Protesten gegen den Mord von GSG 9 Beamten an Wolfgang Grams gegen Menschen aus dem linken Spektrum vorgegangen. Am 13.8.93 wurden in beiden Städten Räumlichkeiten durchsucht, in denen ein Vorrat an T-Shirts mit dem Aufdruck "GSG 9 - Todesschwadron" vermutet worden war. Die gefundenen T-Shirts wurden beschlagnahmt, eine Anzeige wegen Beleidigung wurde erstattet. Nach den bisherigen Fakten zu den Ereignissen in Bad Kleinen, und vor allem zu der offensichtlichen Hinrichtung Wolfgang Grams, ist es einfach unglaublich, Menschen nicht zuzugestehen, ihre Ansicht, die Elitetruppe GSG 9 sei ein Killertrupp, zu äußern. Sie müssen erstmal das Gegenteil beweisen!!!

Sie werden uns nicht zum Schweigen bringen! Entlarven wir die mörderische Strategie von Bullen und Justiz gegen RAF und Widerstand!

Kurdinnen im Hungerstreik

Seit dem 23. August '93 befinden sich kurdische Frauen in Köln in einem unbefristeten Hungerstreik.
Mit dieser Hungerstreikaktion protestieren sie gegen den schmutzigen Krieg, den der türkische Staat gegen das kurdische Volk führt und gegen das Schweigen der internationalen Öffentlichkeit.
Aus der Hungerstreikerklärung vom 23.August '93:

Der türkische Staat führt gegen das kurdische Volk, dessen Sprache, Kultur und nationale Existenz er nicht akzeptiert, einen grausamen Vernichtungskrieg. Der Waffenstillstand der kurdischen Bewegung und die Forderung nach einer politischen Lösung wurde von der türkischen Armee mit einer Steigerung ihrer Angriffe beantwortet, die jetzt besonders im August noch einmal an Agressivität zugenommen haben.
Die kurdischen Dörfer werden auf systematische Weise zerstört und entvölkert. Im Verlauf eines Jahres wurden insgesamt 600 kurdische Dörfer durch Panzer und Luftangriffe dem Erdboden gleichgemacht. Zehntausende Menschen verloren aufgrund dieser Angriffe ihre Existenzgrundlage und wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land. Am 18./19. August wurde das Stadtzentrum von Yüksekova und Cukurca von türkischen Staatskräften angegriffen. Dabei wurden hunderte Geschäfte verwüstet, Wohnhäuser beschossen und 2500 Menschen waren gezwungen, in den Bergen Zuflucht zu suchen. Die vom Staat gegründeten "Konterguerilla"-Einheiten verschleppen und ermorden in Kurdistan Menschen verschiedener Berufe, erschießen sie mitten auf der Straße.
Am 15. August eröffneten die türkischen Sicherheitskräfte in den kurdischen Städten Digor und Malazgirt das Feuer auf die Menge friedlich demonstrierender Menschen. Über 50 Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, wurden durch die Schüsse umgebracht. Diese terroristischen Angriffe der türkischen Staatskräfte richteten sich gezielt gegen die Zivilbevölkerung, unter anderem gegen Frauen und Kinder.
Der türkische Staat, der sich in Europa als "demokratischer Staat" darzustellen versucht, begeht ständig massive Menschenrechtsverletzungen. Er sperrt die Presse aus Kurdistan aus. Innerhalb eines Jahres wurden zehn kurdische Journalisten ermordet, damit sie nicht mehr die Wahrheit schreiben können. Die objektiv berichtenden Zeitungen sind von Verbot bedroht. Die Journalistin Ayse Malkoc ist immer noch "verschwunden", es steht zu befürchten, daß auch sie von der Konterguerilla ermordet wird. Zwei legale politische Parteien wurden verboten, weil sie sich mit der Lösung der kurdischen Frage befaßt haben.
Der türkische Staat mißachtet in seinem schmutzigen Krieg sämtliche Konventionen des internationalen Kriegsrechts. Kurdische Gefangene werden einfach erschossen und bei der Jagd auf kurdische Guerillakämpfer werden chemische Waffen und Napalmbomben eingesetzt.
Wir kurdischen Frauen verurteilen das Schweigen der Weltöffentlichkeit angesichts dieses schmutzigen Krieges.
Deshalb befinden wir uns seit dem 23.August auf der Domplatte in Köln in einem Hungerstreik.

Wir fordern:

- Die Regierungen und Menschenrechtsorganisationen sollen Druck auf den türkischen Staat ausüben, damit er seine Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung einstellt

- Schluß mit der Zerstörung der kurdischen Städte und Dörfer, der Zerstörung der Natur und Entvölkerung

- Entsendung einer internationalen Delegation zur Untersuchung und Feststellung des Einsatzes chemischer Waffen und Napalmbomben

- Aufklärung der Morde an Journalisten, Verschleppung und Ermordung von Zivilisten durch die Konterguerilla

- Sofortiger Stopp der an die Türkei geleisteten militärischen und ökonomischen Hilfe, die gegen das kurdische Volk eingesetzt wird.

Wir, die hungerstreikenden kurdischen Frauen, laden die gesamte Presse, alle politischen Parteien und Menschenrechtsorganisationen und besonders Frauenorganisationen dazu ein, unseren Hungerstreik zu besuchen und appellieren an sie, die Forderungen unseres Hungerstreiks zu unterstützen.

Verband der patriotischen Frauen aus Kurdistan

Diskussionsbeitrag zu RIM

Zum Artikel "Der Parmesankrieg geht weiter", Zeck Nr.17, August 93

Unter dem offenbar satirisch gemeinten Titel versucht sich der Autor bzw. die Autorin: "*Bavaria Blu*" mit der Politik der RIM (Revolutionäre Internationale Bewegung, eine Assoziation maoistischer Gruppen und Parteien) und dem Verhältnis der Autonomen zu dieser Bewegung auseinanderzusetzen.

Zur Situation in Berlin, wo der Streit zwischen RIM und Autonomen stärker eskalierte als in Hamburg, bemerkt *Bavaria Blu*, die RIM habe sich nicht an Absprachen gehalten: "*etwa, daß sie, wenn überhaupt, nur am Ende einer Demo mitlaufen dürfen und das auch nur ohne eigenen Lautsprecherwagen, da niemand Lust auf ihren Stalin-.und Mao-Kult hat.*" Was *Bavaria Blu* Absprachen nennt, sind bei genauer Betrachtung offensichtlich Bedingungen, die die Autonomen einer anderen Organisation diktieren wollten.
In einem späteren Abschnitt wird dann zugegeben, daß es sich um Bedingungen handelt: "*Die Bedingungen an die RIM waren: Keine eigene Lautsprecheranlage, ... und keine Mao/Stalin oder ähnliche Transparente ...*" *Und weiter: "Da die RIM Argumenten nicht zugänglich war wurde der Generator (Lautsprecherwagen) ausgemacht ... Später wurde das Transparent der RIM runtergeholt.*
Mit welchem Recht diktieren die Autonomen anderen Organisationen, welche Transparente und Parolen auf eine Demonstration gehören?
Es geht hier nicht darum welche Meinung der oder die einzelne zu Stalin hat. Entscheident ist, daß die Autonomen einer kommunistischen Organisation Bedingungen diktieren, die diese in ihrer politischen Identität, eben als maoistische Organisation treffen. Was würden die Autonomen sagen, wenn ihnen verboten würde schwarz/rote Fahnen mitzubringen, wenn ihnen Transparente und Lautsprecheranlage zerstört würde oder ihnen verboten würde, bestimmte Parolen zu rufen?
Als Fazit bedauert *Bavaria Blu*, daß es in Hamburg kurzfristig nicht möglich sei, "*die RIM politisch vollständig zu isolieren.*" Offensichtlich soll der Artikel im "Zeck" dazu dienen, die Hamburger Autonomen auf ebendiese Politik der Isolierung vorzubereiten.
Von diesem Hintergrund muß noch darauf hingewiesen werden, daß es im Juni 1990 einen Konflikt innerhalb der Flora gab, bezüglich der Raumvergabe an ausländische Gruppen, konkret an DIDF, die einen Hungerstreik in der Flora machen wollten und an die TKP/ML (die der RIM angehört) die eine Veranstaltung durchführen wollte. Wurde die Ablehnung von DIDF noch mit einer Mischung aus technischen und politischen Gründen vollzogen (schlechte räumliche Bedingungen, außerdem sei die DIDF eine hierarchische ML-Gruppe) so war die formale Begründung bei der TKP/ML, sie seien sexistisch, weil sie ein gestörtes Verhältnis zu homosexuellen Männern hätten.
Auf dem Plenum am 13.6.90 wurde darauf hingewiesen, daß mit einer derartigen Begründung jede Befreiungsbewegung ausgegrenzt werden müsse, einschließlich der nikaraguanischen FSLN, die damals Schwulen nicht erlaubte, in bestimmte Führungspositionen vorzurücken.
Letztendlich wurde das Problem auf dem Plenum nicht geklärt, eine Eskalation dadurch vermieden, daß die TKP/ML von sich aus keine Veranstaltung durchführte.
Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund einer Isolierungskampagne, die in den 80ern von Teilen der Grünen, aber auch anderen fortschrittlichen Gruppen gegen die PKK geführt wurde, hinterläßt der Beitrag von "*Bavaria Blu*" bei mir einen extrem schlechten Nachgeschmack.
Wenn ich dann noch lese: "*So hat es z.B. auf den revolutionären 1. Mai Demos seit '91 gewaltsame Auseinandersetzungen innerhalb der Demo gegeben, wobei es '93 soweit ging, daß viele Autonome die Bullen beklatschten, als diese die RIM aus der Demo herausprügelten.*", so kann das meinen Eindruck nur verstärken.
Natürlich ist Gewalt innerhalb der Linken grundsätzlich abzulehnen. Das muß aber für alle Beteiligten gelten und heißt auch, daß man anderen Gruppen nicht die Transparente klaut und Lautsprecherwagen kaputt macht.
Da ich bei allen Widersprüchen zur RIM davon ausgehe, daß sie zur politischen Linken gehört, von Faschisten und Geheimdiensten verfolgt, eingeknastet und gefoltert wird, trete ich entschieden gegen Versuche einer Isolierung durch Ausgrenzung und Diktate ein!
Wenn sich die RIM in der politischen Zusammenarbeit und Auseinandersetzung isoliert, weil sie eine falsche Analyse und Politik betreibt so ist das eine Sache, die sich in der Praxis erweisen wird oder nicht.
Die Isolierung durch Ausgrenzung und Diktat ist aber eine Methode, die von Geheimdiensten gegen revolutionäre Organisationen initiierten Kampagnen ähnelt und kann nicht unsere Methode sein!

Noch eine Randbemerkung:
Meiner Ansicht nach ist es nicht ausreichen geklärt, was mit dem Begriff "Stalinismus" eigentlich gemeint ist. Ist es die historische Periode von ca. 1928 bis zum XX. Parteitag der KPdSU, ist es die Politik diverser kommunistischer Parteien, allgemein Personenkult, Totalitarismus und undemokratisches Verhalten?
Notwendig wäre eine Analyse und Diskussion über die inneren und äußeren Ursachen der Stalin-Periode in der Sowjetunion und über die Bedeutung von Demokratie in einer Bewegung oder Partei.
Der beliebige, unbestimmte Gebrauch des Begriffs "Stalinismus" kann leicht dazu führen, daß er als antikommunistischer Totschläger benutzt wird.
Zum Beispiel halte ich es für sehr undifferenziert, Moa und Stalin in einen Topf zu werfen. In der Flora wurde ein Poster von Che Guevara beschmiert, mit dem Vorwurf des "Personenkults". Was soll man daraus für Schlüsse ziehen?

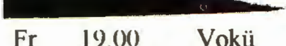
Ein Antifaschist



Nummer 18, September 1993

STÄNDIGE TERMINE IN DER FLORA:

Mo 16.-19.00 Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
17.-20.00 Motorradgruppe
19.00 Vokü
Di 16.-18.00 Veranstaltungsgruppen-Sprechstunde
20.00 Radio St. Paula (Plenum, nur für Frauen)
Mi 16.-20.00 Häusercafe
16.-19.00 Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
21.00 jeden 1. Mittwoch im Monat: Offenes Treffen der ANTIFA Schanzenviertel
Do 16.-21.00 Info-Cafe zur Roten Flora
19.00 Vokü
17.-19.00 Offset-Druckgruppe



Fr 19.00 Vokü
Sa 16.-19.00 Fahrradselbsthilfe
So 19.00 14-tägig: vegane Vokü

Bei Fragen zur Raumvergabe Donnerstags zwischen 16 und 19.00 die freundliche Tresenschicht ansprechen!

VOKÜPLAN

Mo: 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
20.00 Jäpa (vegan)
Di: 19.30 Hafen
20.00 B 5 (vegetarisch, 14-tägig)
Mi: 19.30 Hafen
20.00 Klausstr. (vegetarisch)
Do: 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
Fr: 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
20.00 Turm (vegetarisch)
So: 19.00 Flora (vegan , 14-tägig)
19.30 KSK (vegan, 14-tägig)

ADRESSEN:

Antirassistisches Telefon: 431587
B 5/B-Movie: Brigittenstraße 5, 20359 HH
Cafe und Buch, Marktstraße 114, 20357 HH
EA: 4305892, Kontakt Schwarzmarkt Mo. 12-18.00
Frau Döse: Bartelsstr. 10, 20357 HH, Tel.:4302590
Haus 3: Hospitalstr. 107, 22767 HH
Haus für alle: Amandastr. 58, 20357 HH
Jäpa: Wohlwillstr. 22, Hinterhof, 20359 HH
Klausstraße: Klausstr. 12-16, 22765 HH
KSK: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH
LIZ-Libertäres Zentrum: Lagerstr. 27, 20357 HH, Tel.: 4301396
Rote Flora: Schulterblatt 71, 20357 HH, Tel.: 4395413
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH, Tel.: 446095
Störtebeker: Bernhardt Nocht Str., 20359 HH
Tante Hermine, Hafen Vokü, Ahoi: Hafenstraße
Turm, Bergiusstr. 12, 22765 HH
Volkshaus der Türkei, Neuer Kamp 31, 20359 HH

DIENSTLEISTUNGEN:

LIZ: Di : Kneipe und Cafe, 19-24.00
B 5 : Mi: Hörbar
Fr: Kneipe
Döse: Sa: Kneipe
KSK: Do: Schwule Kneipe

Die Vokü wird renoviert!

Jetzt geht es los! Nachdem Anfang August die Vokürückwand fertiggestellt wurde und nun endlich durch die großen Glasflächen im ersten Stock mehr Licht in den Caferaum hineinkommt, soll auch drinnen ausgemistet und umgebaut werden. Einige gravierende Veränderungen stehen an. Leider ist die geplante Verlagerung des Toilettentraktes an den Seiteneingang und die damit verbundene Erschließung der hinter der Vokü liegenden Räume als Lager und Küche erstmal auf Eis gelegt worden, bzw. auf das nächste Frühjahr verlegt worden. Grund: die Finanzierung ist derzeit einfach nicht möglich! Deswegen steht vom 12.9.-19.9. die 'kleinere' Renovierungslösung an: Verlegung eines Holzfußbodens, Verputzen und Streichen der Wände, Einbau neuer Fenster, Um- bzw. Neubau des Tresens, Umgestaltung des hinteren Tresenbereiches, Neuverlegung von Strom und Licht.
Da auch dies mit sehr viel Arbeit verbunden ist, ist eure Mithilfe notwendig! Beteiligt euch an den Arbeitsbrigaden zur Verschönerung der Vokü zum 4. Jahrestag der Roten Flora (23.9.93)!
Der Cafebetrieb fällt in der Bauphase flach. Baubeginn ist Sonntag, der 12.9. um 11 Uhr.
Zur Finanzierung der Renovierungsaktion gibt es am 9.10. eine Solidisco (ab 22.00 in der Flora)
Spenden sind willkommen: ....



Nummer 18, September 1993

TERMINE IM SEPTEMBER

Rote Flora im September

9.9. Konzert: **Dr. Gunni** (Island) und **Sweetheart** (Finland), große Halle, 22.00
11.9. Straßenfest im Schanzenviertel, auf dem Schulterblatt, Susannenstraße, Bartelsstraße, ab 12.00 Uhr
17.9. Konzert: **Traum A** (HH), **Lust** (HH), **Leech** (HH). Benefit für Totalverweigerer. Veranstalter: Desertöre, 21.00 Uhr
18.9. Konzert: **Jefira.** Akustische Musik zwischen Klassik, Jazz und Folk. Dank der weit verstreuten Herkunft der Mitglieder des Ensembles und der vielfältigen musikalischen Ursprünge und Orientierungen schlägt Jefira eine Brücke zwischen den Ländern und Kulturen. Die in Frankreich lebenden Musiker singen Lieder über Liebe, des Hasses, der Revolten, enttäuschter und erfüllter Hoffnungen. große Halle, 21.00 Uhr
25.9. **Dub Club**, Keller, 22.00 Uhr

1.10. **Flora get loose** Garage Groove Party mit DJ Timmy John (London). Dancefloormix aus Soul, Jazz, Funk und Disco: Dreamsoul, Advanced Dance Rhythms, Garage Groove, Eighties Boogie, 22.00 Uhr



Und weil es immer wieder schön ist auf zur 3ten Horner-Kreisel-Aktion am Do 16.9.93 um 16.00 Uhr ab Sternschanzenpark

Weitere Termine in Hamburg:

4.9. **On your Planet.** Ausstellung mit neuen Glasbildern und einer Feuerskulptur von Pete Missing aus New York. Dazu gibts Underground Rap und Hip Hop Musik aus NY, LA und London (mit DJ Mike Y Nice). Vorwerkstift, Vorwerkstraße 21, 18.00 Uhr
10.9. Informationsveranstaltung: Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag in Deutschland, LIZ, 19.00 Uhr
10.9. Abtanz in der Motte. Das Archiv der sozialen Bewegungen lädt ein.
13.9. **Keine rassistischen Wahlwerbespots!** Veranstaltung mit KollegInnen aus Medien- und Postbetrieben, die die Arbeit verweigert haben, Curio-Haus, 19.00 Uhr
15.9. Vortragsveranstaltung: **Aus Schlagworten wurden Brandsätze.** Schwandorf, Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln, Solingen... und die Verantwortung der Medien. Uni Hauptgebäude, Hörsaal A, 19.00 Uhr.
17.9. Konzert: **So Much Hate** (Oslo) und **Acid Rain Dance** (Bremen). Störtebeker, (Fishcore Posse Konzert), 21.00 Uhr
23.9. Dias, Infos, Erzählungen von der **Tunten Terror Tour** im Juli 93. Schwule Baustelle, KSK, 21.00 Uhr

Andere Städte:

4.9. **Fight the Power** Open Air Festival des linken Lübecker Bündnisses gegen Rassismus mit: **No Sports, Abstürzende Brieftauben, Abwärts, Tinkers.** Freilichtbühne, Wallstraße, Lübeck, 14.00
14.9.-19.9.: **15 Jahre Change Musik** Festival, Bremen
14.9. Lesung: **Max Gold**, Lagerhaus
15.9. Kellerkinderparty, Schlachthof, Keller
17.9. Konzert: **Saprize** (HB), **Subterranean Kids** (Spanien), **Attila the Stockbroker** (GB), **Blaggers ITA** (GB). Schlachthof, Kesselhalle
18.9. Konzert: **Korrupt** (HB), **So Much Hate** (Oslo), **EA 80** (MG), **Leatherface** (GB). Schlachthof, Kesselhalle
18.9. Demo: Schluß mit der Kriminalisierung-Weg mit § 129a. Salzwedel, Altmarkpassage, 14.30 Uhr
21.9. Konzert: **Negu Gorriak** (Euskadi), Berlin, SO 36
24.9. Konzert: **Subway Arts, Miozän, No time left**, JUZ Schneverdingen, 20.00 Uhr
25.9. Konzert: **Negu Gorriak**, Rostock, Mau